

Griechische Flughäfen den Griechen NaturFreunde Frankfurt am Main

Die Landeskonferenz der Naturfreunde verurteilt das Verhalten der Landesregierung und der Stadtwerke Frankfurt als Mehrheitseigner der Fraport AG im Rahmen der Übernahme von 14 lukrativen Flughäfen in Griechenland.

Weiter verurteilt sie den Abschluss eines Vertrages, der europäische Standards verletzt und ausschließlich zu Lasten Griechenlands auf Kosten der armen Bevölkerung geht wie auch das aktive Eingreifen von Ministerpräsident Bouffier und die Zustimmung der im Aufsichtsrat vertretenen Mitglieder Hessischen Regierungsparteien zu diesem Vertrag.

Adressaten: Hessische Landesregierung, Fraktionen des Hessischen Landtages, Stadtwerke Frankfurt, Fraktionen Stadtverordnetenversammlung Frankfurt, Presse

Die Übernahme von 14 lukrativen Flughäfen in Griechenland durch die Fraport AG hat bei uns NaturFreundInnen große Bedenken ausgelöst, ob hier nicht die Notsituation eines Staates ausgenutzt würde, der auf die Einnahmen insbesondere aus diesen Flughäfen angewiesen war. Wir misstrauten der Darstellung einer win-win-Situation, wie sie von Fraport und Teilen der Politik kommuniziert wurde. Mit der Veröffentlichung von Einzelheiten des Übernahme-Vertrages dieser Flughäfen durch das von Fraport geführte Konsortium (Quelle: „The Press Project“) sehen wir alle unsere Befürchtungen bestätigt: dem griechischen Staat werden Risiken und Kosten aufgebürdet und Fraport kann nahezu risikofrei Gewinne realisieren.

Stellvertretend für Vieles weisen wir auf Folgendes hin:

- Fraport zahlt für 2 Jahre keine Grundsteuer (ENFIA) für 100 Hektar Land
- Fraport zahlt keine Gebühren für Kanalisation, öffentliche Beleuchtung, Müllentsorgung
- Fraport zahlt nicht für Personenschäden bei Unfällen, sondern bürdet die Kosten dem griechischen Staat auf
- Fraport kann Vermögenswerte verkaufen bzw. die Entfernung von „unnützen“ Einrichtungen verlangen
- Fraport kann im Falle von Streiks „Entschädigung“ für entgangene Gewinne verlangen
- Fraport wird erlaubt, Beschäftigte zu entlassen; die Kosten soll der griechische Staat tragen (z.B. auch die Gerichtskosten bei Arbeitsprozessen)

- Fraport kann alle Kosten für Reparatur oder Ersatz alter Maschinen (z.B. Kofferbänder, Klimaanlage) auf den griechischen Staat abwälzen
- Fraport erhält das Recht, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten einzustellen, während der griechische Staat Aufenthalts- (auch Familiennachzug) und Arbeitserlaubnisse zügig erteilen muss
- Fraport soll eventuelle Schäden, die den Betrag von 1 Mio. Euro jährlich überschreiten, auf den griechischen Staat abwälzen dürfen.

Als besonders verwerflich empfinden wir die Tatsache, dass aus diesen Knebelverträgen, anders kann man diese „Verträge“ nicht bezeichnen, Gewinne auch in das Land Hessen fließen. Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt besitzen mit 51% die Mehrheitsanteile der Fraport AG, und es ist beschämend, dass dieser mehrheitlich staatliche Konzern die Notlage eines EU-Mitgliedsstaates dermaßen ausnutzt, Risiken dem griechischen Staat und damit den Steuerzahlen aufbürdet, Gewinne transferiert und somit direkt zur Verarmung der Menschen in Griechenland beiträgt.